

Das Gesetz „gegen die gemeingefährlichen  
Bestrebungen der Sozialdemokratie“  
(vom 21. 10. 1878 bis 30. 9. 1890)

und seine Auswirkungen  
auf die sozialdemokratisch gesinnte  
Arbeiterbewegung Verdens

# Das Sozialistengesetz

C 99 - 02973

So wenig sich leugnen läßt, daß die politischen Mordversuche, welche wir während der letzten Jahre erlebt haben, mit den auflösenden Wirkungen der social-demokratischen Umtriebe in einem gewissen Zusammenhange stehen, und das die fieberhafte Erregung, in welche der vierte Stand durch das tägliche Anhören socialistischer Kreuzpredigten versetzt worden, die Neigung zu Verbrechen der bezeichneten Art erheblich geschürt hat, — die Aufstellung, daß der politische Meuchelmord am Holz der social-demokratischen Agitation gewachsen sei, ist unhaltbar." Dieser Kommentar war zu lesen am 19. Mai 1878 im Verdener Anzeigenblatt. Ein unterschwelliges „An-den-Pranger-Stellen“ der Sozialdemokratie nach dem ersten Attentatsversuch auf den Kaiser Wilhelm I. war nicht zu überlesen.

Obwohl der Attentäter Hödel, ein 21jähriger Klempner, bereits im März 1878 aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde, weil er Betrügereien begangen hatte, war das Attentat ein willkommener Anlaß für das Organ der wohlhabenden Bürger, die „Nationalzeitung“, am 17. Mai zu verkünden: „Seine schlechten Instinkte brachten Hödel selbstverständlich in die Sozialdemokratie hinein; als vollendeter Verbrecher trat er heraus.“ Vor diesem Hintergrund konnte das Verdener Anzeigenblatt am 19. Mai weiter sinnieren: „... der revolutionäre Sozialismus (ist) die neueste und zur Zeit verbreitetste Ausgeburt jenes Geistes . . . , der die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung als . . . unbillig ansieht, und der . . . in Anspruch nimmt, . . . Correctur zu üben an den Ergebnissen tausendjähriger Entwicklung“.

Genau über diese in ihren Augen längst überfällige Korrektur an dem seit Jahrhunderten herrschenden Autoritätsgedanken und an dem selbstherrlichen Treiben der Obrigkeit wurde von den Sozialdemokraten in den Volksversammlungen diskutiert. Und das stieß auf fruchtbaren Boden in der Arbeiterklasse Deutschlands, dem vierten Stand.

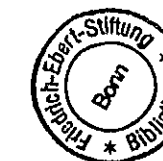
Schon in den Anfängen einer überregionalen Zusammenschließung der Arbeiter, im September 1862, versuchte der ins preußische Ministerium berufene Otto von Bismarck, durch Agenten oder Spitzel Einfluß auf

Herausgeber: Geschichtswerkstatt Verden

Texte von Hermann Meyer

Herausgegeben mit freundlicher Unterstützung des SPD-Kreisvereins Verden zu einer Veranstaltung zum Ende des Sozialistengesetzes vor hundert Jahren, am 28. September 1990 im „Hubertushain“ in Verden.

C 99 - 02973



die neue Bewegung zu gewinnen. Das gelang ihm nicht, und August Bebel schrieb später: „Ihn (Bismarck, d. Verf.) treibe vielmehr der Ärger, daß die Partei sich seinen Plänen unzugänglich erwies und der heftigste Gegner seiner Politik wurde, was ihn bewogen habe, die Attentate, die anständigerweise niemand uns an die Rockschoße hängen könne, für ein Ausnahmegesetz gegen uns auszunutzen.“

Die nach Umgestaltung von Staat und Gesellschaft strebende sozialdemokratische Bewegung stieß auch in der Verdener Arbeiterschaft auf Zuspruch. Ein fester Kern von annähernd 300 Arbeitern gruppierte sich seit 1869 um den Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Conrad Wode. Dessen aufrichtige Art brachten ihm bald, auch in bürgerlichen Kreisen, hohes Ansehen und Anerkennung ein. Er gehörte übrigens zu den Gründungsmitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr Verden von 1869. So war es nur eine Frage der Zeit, bis er als erster Kandidat der Arbeiterpartei für den 6. hannoverschen Wahlkreis aufgestellt wurde. Bei der Reichstagswahl im Januar 1874 erreicht Conrad Wode im Verdener Stadtgebiet mit 454 Stimmen mehr als seine Konkurrenten Precht (Nationalliberaler, 375) und Westermann (Welfe, 184). Auf Wahlkreisebene konnte Wode sich jedoch gegen die beiden Kandidaten nicht durchsetzen. Hier trat ein deutliches Manko der Sozialdemokratie zutage: Die Landagitation steckte noch in den Kinderschuhen.

Trotz der Attacken in den Zeitungen setzten sich gemäßigte Töne in einer zwei Wochen nach dem Kaiser-Attentat stattgefundenen Volksversammlung durch. 250 Männer aus den verschiedensten Parteien verabschiedeten am 25. Mai 1878 folgende Resolution: „Die Volksversammlung erklärt, daß sie das am 11. d. M. in Berlin verübte Attentat auf den deutschen Kaiser, welches auch die Ursachen desselben gewesen sein mögen, als ein gemeines Verbrechen auf das entschiedenste verabscheut. Die Versammlung hält jeden Mord für eine Verletzung des ersten menschlichen Rechtes, des Rechtes auf die Existenz, und jeden Mörder, ob er aus politischen oder persönlichen Motiven das Leben eines Menschen vernichtet, für einen Verbrecher an den höchsten und ersten Gesetzen der Gesellschaft. Die Versammlung weiß, daß diese Anschauung auch die der sozialdemokratischen Partei ist und sie spricht darum entschieden aus, daß die traurige That nicht dem directen noch indirecten Einflusse jener zuzuschreiben ist.“ Eine klare und deutliche Stellungnahme, daß die Sozialdemokraten in Verden weiter akzeptiert wurden, ohne Wenn und Aber.

Schlagartig änderte sich die Stimmungslage in der Bevölkerung nach dem zweiten Attentat auf den Kaiser am 2. Juni 1878. Wider besseres Wissen und absichtlich behaupteten die staatlichen Stellen, daß der Attentäter „unter die Social-Demokraten geraten“ sei. Außerdem sollte er Komplizen in sozialistischen Genossen in Frankreich und Dänemark haben, also eine internationale Verschwörung wurde vorgetäuscht.

Dabei hatte der Attentäter, Dr. Nobiling — wegen unzureichender Leistungen keine Anstellung im öffentlichen Dienst gefunden —, nachweislich nichts mit der Sozialdemokratie zu tun. Der „eiserne“ Reichskanzler Bismarck holte nun zum vorentscheidenden Schlag aus. Auf seine Weisung hin verbreitete das Wolffsche Telegrafienbüro in der gleichen Nacht eine Depesche, die in allen Zeitungen abgedruckt wurde: „Bei der gerichtlichen Vernehmung hatte der Attentäter Nobiling bekannt, daß er sozialdemokratischen Tendenzen huldige, daß er wiederholt hier sozialdemokratischen Versammlungen beigewohnt, und daß er schon seit acht Ta-

gen die Absicht gehabt habe, Seine Majestät, den Kaiser, zu erschießen . . ." Dieses alles soll Nobiling gesagt haben, obwohl er gleich nach dem Attentat einen Selbstmordversuch durch eine Kopfschuß unternahm und sich dabei schwer verletzte.



Reichskanzler Otto von Bismarck — der Initiator des Sozialistengesetzes.

Besonders aufgebracht waren nach dem zweiten Attentat die in Verden stationierten kaisertreuen Soldaten des 2. Hannoverschen Ulanen-Regiments. Sie fühlten sich berufen, gegen die Sozialdemokraten in ihrem Standort vorzugehen. Im Vorfeld der Reichstagswahl am 30. Juli 1878 fand am 21. Juni in Wodes Gaststätte eine Versammlung statt. Wilhelm Frick aus Bremen-Hastedt (ein Parteifreund von Conrad Wode) hielt seinen Vortrag in „gemäßigter Sprache“ und „ließ sich sachlich aus“ — der anwesende Polizeikommissar brauchte deshalb auch nicht eingreifen. Gegen 22 Uhr wurde die Wahlversammlung geschlossen.

Beim Verlassen des Lokals kam es dann zu einem Tumult. Zuvor gelang es aber dem mitanwesenden Kriegerverein, das Wodesche Lokal unbehelligt zu verlassen. Vor der Arbeiterkneipe in der Großen Straße hatten sich in der Zwischenzeit viele Neugierige eingefunden. In der Mehrzahl waren es „chargierte“ Ulanen, also Unteroffiziere und andere Dienstgrade. „Diese nahmen den ganzen Raum vor dem Versammlungslokal ein und ließen kaum jemand unbehelligt aus dem Hause heimkehren“, berichtete das Verdener Anzeigenblatt.

Noch war das Sozialistengesetz nicht durch den Reichstag abgesegnet — aber die Jagd auf Verdener Sozialdemokraten begann schon vier Monate vorher. Besonders hart traf es den Malergesellen Olms, der noch nicht einmal eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei war. „Derselbe hat von allen Stößen, Stichen und Hieben insbesondere zwei große Kopfwunden davongetragen. Dieselben mußten zugenäht werden, und der unschuldige junge Mensch wird vielleicht drei bis vier Wochen das Bett hüten müssen. Einem Cigarrenarbeiter ist ein Finger stark beschädigt. Viele, auch Bürger, erhielten Faustschläge ins Gesicht. Andere kamen mit einzelnen Stößen davon und einer mußte ohne Hut abziehen“, schilderte das Verdener Anzeigenblatt die verworrene Situation.

Durch Hochrufe auf den Kaiser und Lieder wie „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?“ und „Die Wacht am Rhein“ putschten sich die Soldaten immer wieder auf. Selbst mit „blankem“ Säbel schlugen sie auf die wehrlosen und friedlichen Versammlungsteilnehmer ein. In panischer

Angst flüchtete ein Teil der Anwesenden aus dem Saal über das Dach in den Garten, um von da aus über Hecken und Zäune zu entkommen. Sämtliche Fenster der Gastwirtschaft wurden von wild um sich schlagenden Ulanen zertrümmert. Die Presse dazu: „. . . kurz, es war auf der Straße nicht ganz geheuer.“

Dem Wirt Conrad Wode gelang es trotz alledem, bei den militärischen Vorgesetzten in der Kaserne eine Patrouille zu erbeten, die dem nächtlichen Spuk bald ein Ende bereitete. Selbst der Verdener Magistrat sah sich anschließend veranlaßt, zu diesen „Jagdszenen in Verden“ Stellung zu nehmen und berichtete der Königlichen Landdrostei in Stade über den Vorfall. Ob die Krawallmacher verurteilt wurden, blieb militärisches Geheimnis.

So wollte es der Reichskanzler Bismarck haben: Volkes Zorn sollte sich erheben gegen die Sozialdemokraten. Aber sein heimlicher Wunsch erfüllte sich nicht, denn die Bevölkerungsgruppe, auf die seine Hoffnungen ruhten, spielte nicht mit. Der vierte Stand — und nicht nur der — wich nicht ab von der Sozialdemokratie. Das Wahlergebnis vom 30. Juli in Verden zeigte das deutlich: Wode 294; Stegemann (Nationalliberaler), 440; Westermann (Welfe) 297 Stimmen.

Bismarck konnte durch seine Unterdrückungspolitik die Mehrheit des Reichstages davon überzeugen, daß ein Gesetz geschaffen werden mußte, um der fortschreitenden Ausdehnung der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Über die Beratungen des Sozialistengesetzes schreibt das Verdener Anzeigenblatt am 17. Oktober 1878: „Das Gebahren einzelner sozialdemokratischer Redner ist durch parlamentarische Ausdrücke kaum zu qualifizieren; an die Stelle sachgemäßer Erörterungen trugen sie die Ausbrüche eines Fanatismus, der in seiner rohen Form jeden Gebildeten verletzen und den Vaterlandsfreund zur vollen Erkenntniß der Nothwendigkeit eines energischen Einschreitens gegen die Gemeingefährlichkeit der sozialdemokratischen Agitation bringen muß.“ Dieser typisch abwertend formulierte Situationsbericht aus dem Berliner Reichstag zeigt aber auch deutlich, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten wortgewaltig

um das Überleben ihrer Partei kämpften. Aus dieser Zeit wird wohl die Wortschöpfung der „vaterlandslosen Gesellen“ entstanden sein.

Nach langen Beratungen kam es dann am 19. Oktober 1878 zur Abstimmung. Mit 221 gegen 149 Stimmen hatte Bismarck sein Ziel erreicht, das Gesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ wurde verabschiedet und trat am 21. Oktober in Kraft.

Was nun geschah, beschreibt der sozialdemokratische Geschichtsschreiber Franz Mehring so: „. . . die Regierung (hat) alle halben und ganzen Versprechungen, die sie für die ‚loyale Handhabung‘ der ihr anvertrauten polizeilichen Vollmachten gegeben hatte, einfach mit Füßen getreten. Sie handelte so, als wenn das Gesetz aus dem einzigen Paragraphen bestanden hätte: Die Arbeiterklasse ist vogelfrei für jede Brutalität und Perfidie der Polizei. Was die moderne Arbeiterbewegung an Blättern, Schriften und Vereinen besaß, wurde rücksichtslos niedergemetzelt, als brächen barbarische Horden in ein zivilisiertes Land. . . . Wenn aber Bismarck mit diesem barbarischen Streiche der Sozialdemokratie den Todesstreich versetzt zu haben wähnte, so trat gerade der umgekehrte Fall ein. Die Sozialdemokratie erkannte jetzt, daß ihr ein Kampf auf Leben und Tod bevorstände; überall, wo die Parteigenossen für einen Augenblick entmutigt worden waren, kehrten sie auf ihre alten Posten zurück. Die Sammlungen für die Ausgewiesenen und ihre Familien knüpften die ersten Fäden der Organisation, und die Ausgewiesenen selbst wie ihre hungernen Weiber und Kinder wurden Agitatoren, wie sie das klassenbewußte Proletariat noch nicht besessen hatte.“

Am 7. November 1878 konnte das Verdener Anzeigenblatt erste Erfolge des staatlichen Unterdrückungsmechanismus' verkünden: „In der Ausführung des Sozialistengesetzes lassen es die betreffenden Behörden im Reich an Energie und Eifer nicht fehlen. Eine große Anzahl von Gewerkschaften und Vereinen ist aufgelöst.“ Unter dem Druck des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie mußten reichsweit 892 Personen mit 1477 Familienangehörigen ihren Wohnort und 839 sogar Deutschland verlassen; 332 Vereinigungen wurden aufgelöst, 1299 Druckschriften wurden verboten und weit mehr als 1000 Jahre Gefängnis wurden verhängt.

Nachdem nun schwarz auf weiß zu lesen war, gegen welche Gesetzesverstöße der Arbeiterklasse von Amts wegen eingeschritten werden mußte oder konnte, legten sich die Verdener Gesetzeshüter mächtig ins Zeug. Der vor nicht allzulanger Zeit gegründete Gesangverein „Einigkeit“ war das erste Opfer des Sozialistengesetzes. Eine Feier seines zweiten Stiftungsfestes konnte nicht mehr erfolgen, weil der Verein einen Tag vorher „magistratsseitig auf Grund des Sozialistengesetzes“ aufgelöst wurde. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes waren noch nicht einmal drei Wochen vergangen.

Weitere drei Wochen später hatte der „Arbeiter-Wahlverein“ zu einer Versammlung beim Gastwirt Wode eingeladen. Auch hier schritt die Obrigkeit ein. In der Zeitung konnte man lesen: „In Gemäßheit des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie ist der hiesige ‚Arbeiter-Wahlverein‘ verboten worden.“ Das offizielle Aus der Sozialdemokratie in Verden war gesprochen worden, denn der Wahlverein war die Vorläuferorganisation des heutigen SPD-Ortsvereins.

Um weiterhin ohne Repressalien feiern und klönen zu können, kamen die „Gemaßregelten“ auf die Idee, einen Vergnügungs-Club zu gründen. Dies geschah im März 1879, und im August des gleichen Jahres feierten die Mitglieder des „Arbeiter-Vergnügungs-Clubs“ ihren ersten Ball.

Verschont von einer Auflösung blieben neben anderen die Tabakarbeiter-Unterstützungskasse, die „Central-Kranken- und Sterbekasse der

Maurer (und Steinhauer)“ und die „Allgemeine Gesellen-Pflegekasse“. Ebenfalls unangetastet ließ die Verdener Polizeibehörde den Arbeiter-Gesangverein „Concordia“ von 1860.

„Wir haben ein Jahr des Stillstandes hinter uns, in welchem am hiesigen Ort für die Ausbreitung des Sozialismus nur wenig gethan worden ist; ja es herrschte eine Zeitlang eine Lauheit, die den Anschein erweckte, als habe das Sozialistengesetz die Sozialdemokratie gelähmt. Jedoch erklärt sich dies dadurch, daß wir nach Einführung des Sozialistengesetzes die Taktik befolgten, uns die erste Zeit ruhig zu verhalten, damit die Polizei ihren ersten Feuereifer erst austobte, welche Taktik sicherlich auch die richtigste war. Andererseits brachte sie freilich die schlimme Folge mit, daß das Ausruhen zur Gewohnheit zu werden drohte, denn es ist leichter in den Schlaf, als aus ihm zu kommen.“ Ein Vertrauensmann aus Verden mit dem Kürzel „X“ schrieb diese selbstkritischen Zeilen im internationalen Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge, dem „Sozialdemokrat“.

Entrüstung und Aufregung unter die Genossen brachten lediglich Hausdurchsuchungen, „doch leider sind in letzter Zeit auch diese weniger geworden, weil sie für die Polizei resultatlos ausfielen, indem ein Sozialdemokrat so einem dummen Polizeischergen leicht eine Nase dreht“, spottete der unbekannte Verdener. Ausgewiefte Tüftler hatten in der Zwischenzeit Wege gefunden, um verbotene Zeitungen und Flugblätter an die Mitglieder zu bringen. „Zum großen Ärger der Bourgeois, Ausbeuter, Pfaffen etc.“ wurden am Neujahrstage 1880 in der Stadt hunderte von sozialistischen Flugschriften verteilt. „Bei den Gegnern mag die Überraschung nicht gering gewesen sein, da die Schwachköpfe die Sozialisten für längst tot hielten, während sie doch jetzt ein so deutliches Lebenszeichen von ihnen erhielten.“

Der Hintergrund dieser wütenden Attacke auf die Obrigkeit war zweifellos jener, daß im Zuge dieser Flugblattverteilung erneut Hausdurchsuchungen stattfanden und zwar mit Erfolg. Johann Ulrich Freudiger, ein Zigarrenarbeiter aus der Schweiz, wurde, weil er im sozialistischen Sinne tätig war, ausgewiesen. Wie kam es dazu? Seit 1872 lebte und arbeitete Freudiger in Verden und war der Polizei bald als Sozialist be-

kannt. Während der genannten Hausdurchsuchungen im Januar 1880 fand die Polizei mehrere sozialistische Schriften in Freudigers Wohnung. Die vorgefundenen Bücher wurden rechtswidrig beschlagnahmt. Eine Beschwerde Freudigers bei der Aufsichtsbehörde wurde verworfen und so wandte er sich an das Ministerium in Berlin. Dieses erkannte die Berufung als rechtens an und erteilte der Polizeibehörde Verden den Auftrag, Freudiger die Bücher wieder auszuhändigen. „Aber zugleich wurde ihm eröffnet, daß die Vermuthung nahe liege, daß er noch im sozialistischen Sinne thätig wäre, weshalb er als Ausländer ausgewiesen werde!“

Unter den Verdener Sozialdemokraten entstand „eine große Aufregung“, denn Freudiger war ein tüchtiger und beliebter Genosse. Dementsprechend groß war die Anteilnahme bei seiner Verabschiedung. Trotz Demonstrationsverbot versammelten sich am Morgen des 14. Januar 1880 etwa 100 Männer in einem Lokal in der Innenstadt. (Es kann wohl davon ausgegangen werden, daß dieses Lokal Wode gehörte, der zwischenzeitlich in der Marienstraße die Hellwegesche Gastwirtschaft übernommen hatte.) Von hier ging die Gruppe zu Freudigers Wohnung auf dem Mühlenberg und holte dessen Frau ab.

„Auf dem Bahnhof hatten sich während dessen außer diesem Geleit noch zahlreiche Genossen und deren Frauen und Neugierige eingefunden, so daß der Perron überfüllt war. Und als Freudiger in den Zug stieg, wurde ihm ein Sängergruß gebracht und auf ihn und seine Frau ein dreifaches Hoch, sowie auf die Sozialdemokratie ein rauschendes Hurrah gebracht“, so der „Sozialdemokrat“. Ohne „die gute Polizei“ hätte sich solch eine Begeisterung der Genossen nicht bemächtigt, „und wenn die Polizei so fortfährt, verspricht dieses Jahr gut zu werden“, meinte „X“ abschließend.

Und der Elan der Verdener Sozialdemokraten war weiter ungebrochen: Mitte Februar versandten sie den in Zürich gedruckten „Sozialdemokrat“ in einer Stückzahl von 250 im Briefumschlag an Einwohner der Stadt, wahrscheinlich Genossen. In dieser Ausgabe war der genannte Fall des Zigarrenarbeiters Freudiger abgedruckt — Grund genug für das Verdener Anzeigenblatt, diesen Text als „Schmähartikel aus Verden“ zu bezeichnen.

Für die Frankierung der Versandware wurden 10 bis 12 Reichsmark (ein damaliger durchschnittlicher Wochenlohn) benötigt. Woher hatten die Sozialdemokraten dieses Geld? Das Anzeigenblatt mutmaßte, daß es aus einem Einbruch bei dem Kassierer der Zigarrenarbeiter-Krankenkasse, dem Zigarrenarbeiter Köhler, stammte. Diesen Verdacht mußte die Zeitung allerdings in ihrer nächsten Ausgabe wieder zurücknehmen, weil die Geldkassette erst am darauffolgenden Tag nach der Versendung des „Sozialdemokrat“ gestohlen wurde. Eine voreilige Verunglimpfung der Verdener sozialdemokratischen Bewegung durch die heimische Presse schlug fehl. Später wurde der im gleichen Haus wohnenden Schneiderin Moreau die Tat nachgewiesen.

Ende Juni erhielten die Verdener Genossen wieder ein Paket Flugblätter, die sie nachts verteilten. Ungewollt gab das Anzeigenblatt der Nachwelt Einblick über den nicht besonders guten Zustand der Haustüren: „... und zwar ist dasselbe in solche Häuser gelangt, deren Thüren es ermöglichten, das Blatt seit- oder unterwärts durchschieben zu können.“



*Zeitgenössische Darstellung, wie das Verteilen von verbotenen Flugblättern und „Schmähschriften“ gehandhabt wurde.*

Trotz Drangsalierungen und Schikanierungen bei Versammlungen vor Reichstagswahlen, erhielt die Arbeiterpartei jedesmal mehr Stimmen. Ein Weg, um dieses Anwachsen der Sozialdemokratie einzudämmen, war die Einsetzung von durch die Polizei bezahlte Spitzel.

W. Putens aus Verden schrieb am 16. Juli 1887 an den „roten Postmeister“ Julius Motteler in Zürich. Letzterer hatte sich um den Vertrieb des „Sozialdemokrat“ zu kümmern, darum pflegten die Vertrauensleute in den einzelnen Städten regen Kontakt mit ihm. Im Sommer 1887 hielt sich der Spitzel „Gabriel“ in der Gegend von Achim und Verden auf und denunzierte Arbeiter bei der Polizei. „Gabriel“ hat in beiden Städten zwar nicht gearbeitet, aber als Durchreisender (und noch nicht als Spitzel Erkannter) Reisegeld aus der Zigarrenarbeiter-Unterstützungskasse erhalten. In Verden sprach sich rasch herum, daß der Zigarrenarbeiter aus Achim kommend, dort schon „mehrere Denunziationen ausgeführt haben soll, die sich nicht bestätigt haben, wie die Anklageschrift besagt“.

Vor dem Königlichen Landgericht in Verden fand am 18. August eine Verhandlung gegen den von Gabriel denunzierten Zigarrenarbeiter Christian Ritsch aus Achim statt. Etwas später berichtete Putens an Motteler: „Betreffs des Sozialisten-Prozesses theile mit, das Ritsch kostenlos freigesprochen ist. Gabriel ist der Denunziant aus Rache gegen die Partei, weil er ausgestoßen wurde, wie die Akten besagen.“

Schlechter erging es dem ebenfalls denunzierten Arbeiter und Fischer Hermann Moje aus Verden. In der Nacht vom 3. auf den 4. Juli 1887 soll er von „Bellavista“ kommend durch die Stadt gegangen sein, und auf dem Weg zum Bahnhof Lieder gesungen haben, die eine Majestätsbeleidigung enthielten. In der Verhandlung konnte sich Moje wegen angeblicher Trunkenheit an nichts mehr erinnern wurde aber schuldig befunden und zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Im übrigen hatten Denunzianten kein langes Leben. Waren sie einmal erkannt, wandte sich auch die Polizei von ihnen ab. Ohne Arbeit und Lohn vegetierten sie dann oft dahin.

Ein Jahr später fand in der Strafkammer der letzte große Sozialistenprozeß Verdens statt: „Der Cigarrenmacher Paul Moisel, geb. am 13. Juni

1856 in Ohlau, ist angeklagt, in den Jahren 1887 und 1888 an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, und zu deren Zwecken es gehört, die Vollziehung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 durch das ungesetzliche Mittel der Verbreitung von Grund jenes Gesetzes verbotenen Druckschriften zu verhindern, theilgenommen und die periodische Druckschrift ‚Der Socialdemokrat‘ sowie das Heft XX der socialdemokratischen Bibliothek, welche auf Grund des oben angeführten Gesetzes verboten sind, verbreitet zu haben.“

Die Verhandlung Ende Dezember 1888 ergab Folgendes, das wörtlich aus der Zeitung übernommen wird: „Am 22. Februar d. Jrs. wurde hier von einem Manne eine etwa 40 kg schwere Kiste bei der Eilgut-Expedition aufgegeben mit der Deklaration ‚Fettwaaren‘ und adressirt an den Restaurateur Küster in Berlin, Engelufer. Auf dem Frachtbriefe war als Absender ‚J. Fehsenfeld aus Gr.-Hutbergen‘ angegeben. Diese Kiste wurde von dem Adressaten nicht angenommen. Da ein Verderben der angeblich in der Kiste befindlichen Fettwaaren zu befürchten war, wurde dieselbe geöffnet. Es befanden sich darin indeß nicht Fettwaaren, sondern eine größere Anzahl — 1830 Exemplare — der Nr. 1 des ‚Socialdemokrat‘ vom 1. Januar 1888, sowie eine Anzahl — 280 — Exemplare des Heftes XX der ‚Socialdemokratischen Bibliothek‘. Der ‚Socialdemokrat‘ war in verschiedene Packete getheilt und war jedes Packet mit einer bestimmten Signatur, welche die verschiedenen Wahlbezirke Berlins bezeichnen sollten, versehen.“ Aus Unterlagen geht hervor, daß im Jahre 1888 in Berlin 1650 Abonnenten des sozialdemokratischen Zentralorgans lebten. Also wurde eine Lieferung abgefangen, die für das ganze Stadtgebiet galt. Sämtliche Berliner Genossen mußten auf die Neujahrsausgabe des „Sozialdemokrat“ demnach verzichten. Die 280 Hefte waren ein „Arbeiterlesebuch“, in dem die Rede Ferdinand Lasselles am 17. und 19. Mai 1863 in Frankfurt abgedruckt war.

Das Anzeigenblatt weiter: „Der Absender dieser Kiste soll Moisel sein. Er bestreitet solches. Erwiesen wird, daß derselbe im Winter dieses



Jahres durch den Arbeiter Wilhelm Haase hierselbst eine Kiste hat nach dem Bahnhofe schaffen lassen. In der Nähe der Bahn hat er dem Haase die Kiste abgenommen und sie selbst nach der Güterexpedition geschafft. Um sich unkenntlich zu machen, soll Moisel einen Rock des Sohnes des Haase angezogen und eine Mütze des Cigarrenarbeiters Waßmann von hier aufgesetzt haben. Beide Kleidungsstücke sollen für den Körper des Moisel viel zu weit bzw. zu groß gewesen sein. Mit Bestimmtheit kann Moisel allerdings von dem betreffenden Beamten als Auftraggeber der fraglichen Kiste nicht recognoscirt (scherzhaft: erkunden, d. Verf.) werden; der eine Beamte glaubt aber, daß eine große Ähnlichkeit zwischen Moisel und dem Absender vorhanden sei. Nach dem Zeugnisse der Ehefrau Haase, bei welcher Moisel im vorigen Winter wohnte, hat Letzterer zweimal im Laufe des Winters und zwar zuerst Ende Decbr. v. Js. und dann einige Wochen später abermals eine Kiste fortgesandt. Den Inhalt der Kisten hat die Frau Haase nicht gesehen, sie hat indeß vermuthet, daß es verbotene Druckschriften gewesen. Das, was in die Kiste gepackt worden, ist von zwei jungen Leuten, die angegeben, aus Hemelingen zu sein, in zwei Handkoffern am frühen Morgen des Absendungstages in die Moiselsche Wohnung gebracht worden; wenigstens hat Frau Haase gesehen, daß die Handkoffer beim Einbringen schwer beladen, daß dieselben dann später entleert in der Moiselschen Wohnung gestanden haben, während die bisher leere Kiste gefüllt gewesen sei. — Einige Zeit nach dem Absenden einer Kiste hat Frau Haase aus dem Gespräch des Moisel mit anderen Personen entnommen, daß die Kiste von dem Adressaten nicht angenommen sei, wobei es sich dann herausgestellt, daß dieselben nicht Fettwaaren, wie deklariert, sondern Schriften enthalten habe; auch soll er dabei etwas von ‚Gefahr laufen‘ gesprochen haben.

Wie die verschiedenen Vorhalte ergeben, ist Frau Haase heute in ihren Angaben nicht so sicher wie bei ihrer bereits in der Voruntersuchung erfolgten eidlichen Vernehmung; sie erklärt aber, daß sie damals die Wahrheit gesagt habe.

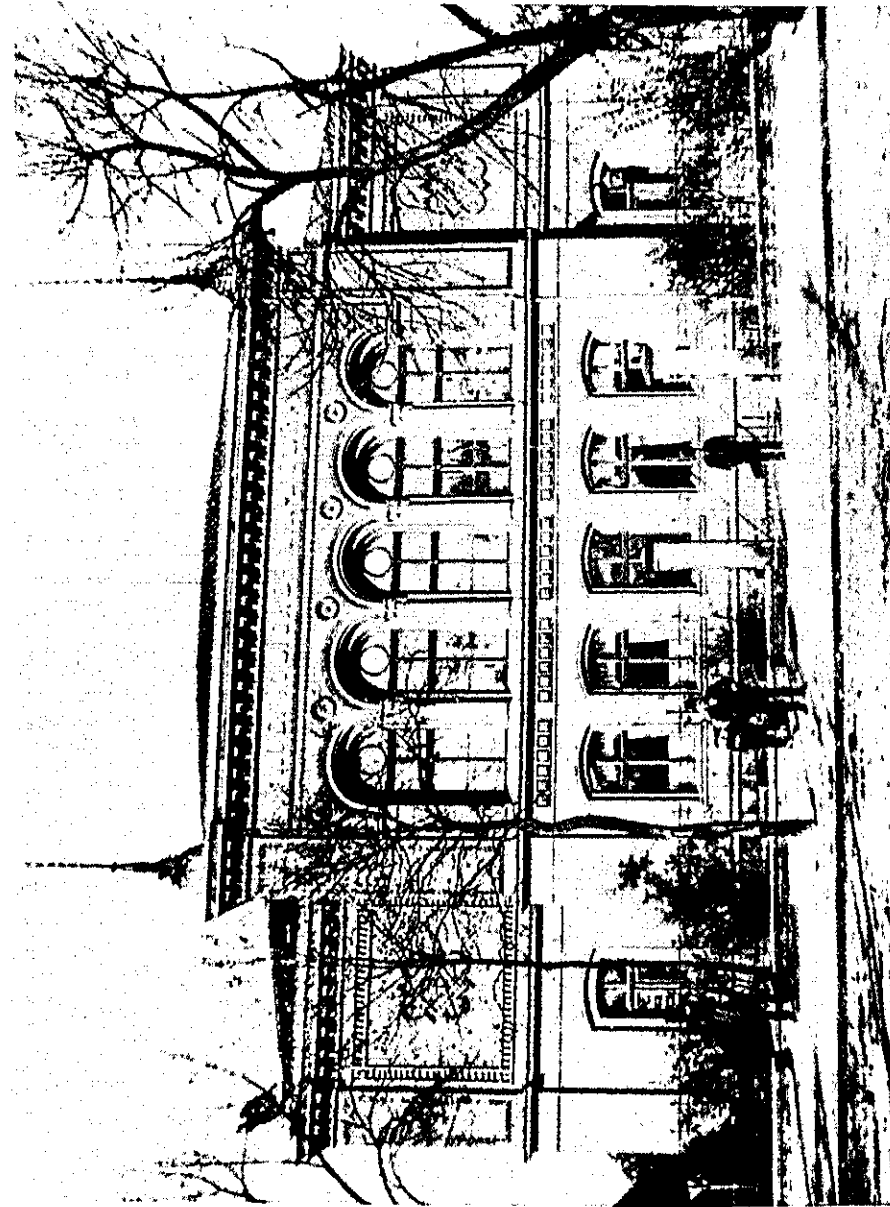
Über die Art und Weise der Verbreitung der in Zürich wöchentlich erscheinenden Zeitschrift ‚Der Socialdemokrat‘ erfahren wir Folgendes:

Das erwähnte Blatt, welches als officiellcs Parteiorgan gilt, wird zunächst von seinem Erscheinungsorte aus durch Pascher (Schmuggler, d. Verf.) über die Grenze geschafft, dann wird es in kleineren Packeten, welche bereits theils mit Chiffres, theils mit dem Vermerk ‚Wird abgeholt‘ versehen sind, in größeren Kisten verpackt und diese werden nach den verschiedenen Bestimmungsorten an Vertrauensmänner der socialdemokratischen Partei unter sog. Deckadressen gesandt. Die Vertrauensmänner öffnen die Kisten und senden die kleineren Packete an die bezeichneten oder ihnen bekannte Empfänger.

Nach den Erfahrungen, die ein Polizeibeamter in Leipzig gemacht, hat dieser die Überzeugung gewonnen, daß die Bewegung der Socialdemokratie sich als eine festgegliederte Organisation darstellt. Der Staatsanwalt beantragt nach dem Schlusse der Beweisaufnahme Verurtheilung des Angeklagten zu drei Monaten Gefängniß. Der Vertheidiger plädirt für Freisprechung des Angeklagten, ev. bittet er noch um Vernehmung des Reichstagsabgeordneten Bebel. Dieser letzte Antrag wird vom Gericht abgelehnt und folgendes Urtheil verkündet: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen §§ 128, 129 St.-G.-B. und § 19 des Socialistengesetzes zu vier Wochen Gefängniß und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt.“ Eine Revision Moisels beim Reichsgericht wurde zur Neuaufnahme des Verfahrens in Verden entschieden. An dem Urtheil änderte sich auch diesmal nichts. Moisel mußte hinter Gitter.



*Hausdurchsuchung bei einem verdächtigen Arbeiter.*



Königliches Landgericht in Verden.

August Winnig beschreibt detailliert in seinem Buch „Frührot – Ein Buch von Heimat und Jugend“ wie er das Ende des Sozialistengesetzes am 30. September 1890 erlebte:

„Als wir gegen Abend in der Laube saßen und die Männer Glühwein tranken, kam Lambert Schmitt aus der Hintertür der Wirtschaft und blickte nach unserer Gesellschaft. Der Krämer sah ihn und rief ihn heran. Da bemerkte ihn auch mein Bruder. Er begrüßte Lambert Schmitt herzlich und nötigte ihn, Platz zu nehmen. Die Unterhaltung wandte sich nun den politischen Angelegenheiten zu und drehte sich besonders um ein nahe bevorstehendes Ereignis, doch konnte ich den Sinn der Gespräche nicht voll erfassen. Ich merkte wohl, daß Lambert Schmitt in Gleichnissen sprach, wenn er von dem Scheusal redete, das nun bald verrecken würde, doch blieb mir die Deutung fern. Dieser Vorgang aber sollte festlich gefeiert werden, und Lambert Schmitt lud meinen Bruder und die anderen Männer zu einem bestimmten Tage nach dem ‚Bunten Lamm‘ ein, wo man die Feier begehen wollte.“

Am nächsten Sonntagmorgen kam Lambert zu uns und brachte meinem Bruder Zeitungen, dazu auch eine Traueranzeige auf einer Postkarte. Die Anzeige besagte, daß am dreißigsten September 1890, nachts zwölf Uhr, die zwölfjährige Tochter der Unterzeichneten gestorben sei. Diese Tochter hieß Sozialistengesetz, und die Eltern zeichneten als Bismarck und die Reaktion, sie rühmten der Dahingeshiedenen Eifer und Fleiß und baten um stilles Beileid.

Ich fragte meinen Bruder nach dem Sinn dieser Anzeige, und er erzählte mir viel davon. Ich bat ihn, mich mit zu der Feier zu nehmen, doch er meinte erst, das gehe nicht; als aber der dreißigste September herangekommen war, sagte er, ich solle mich fertigmachen, wenn ich mit wolle. Ich schlüpfte schnell in meine Sonntagskleider; meine Mutter machte ein bedenkliches Gesicht, doch da Hermann es gesagt hatte, so schwieg sie dazu und bat nur, Hermann solle mich recht unauffällig unterbringen und nicht so spät nach Hause schicken.

Das ‚Bunte Lamm‘ lag mitten in der Stadt und war nur eine gewöhnliche Schankwirtschaft. Die Feier mußte darum in der Wirtsstube stattfinden, die jedoch sehr groß war und mehr als hundert Leute aufnehmen konnte. Als wir ankamen, war die Stube schon voller Männer. In einer Ecke, von der man die ganze, etwas winklige Stube übersehen konnte, war ein kleiner Tisch mit einer weißen Decke aufgestellt, während die anderen Tische unbedeckt waren. Hinter dem Tische, an der Wand hing eine große rote Fahne mit einer Inschrift aus aufgeklebtem Goldpapier, sie lautete: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Links und rechts von der Fahne hingen zwei Bilder, auf denen ebenfalls rote Fahnen gezeichnet waren. Auf dem einen war ein Mann abgebildet, der den Fuß auf ein Tier setzte, das offenbar von einem danebenstehenden Postament gestürzt war, und der um den Leib eine rote Schärpe und eine rote Fahne trug. Auf dem anderen Bild war eine weißgekleidete Frauengestalt zu sehen, die eine rote Fahne in der Hand hielt; darunter stand ein langer Spruch, den ich jedoch nicht lesen konnte. An der gegenüberliegenden vorspringenden Ecke war eine große Wanduhr aufgehängt, die Zwölf auf dem Zifferblatt war mit einem goldenen Stern überklebt, seitwärts von der Uhr hing eine Küchenlampe, deren Schein offenbar die Uhr beleuchten sollte, was aber nur mangelhaft gelungen war.

Hermann hatte mir bald einen Platz ausgesucht, der nahe dem weißgedeckten Tische lag, auf dem ich aber den meisten Blicken entzogen war, da mir eine kleine Fensternische zustatten kam, in der ich mich halb verbergen konnte, überdies setzte sich Hermann vor mich, so daß mich sein breiter Rücken verdeckte. Ich musterte die Leute und entdeckte viele Bekannte darunter.

Bald aber wurde meine Aufmerksamkeit durch andere Dinge in Anspruch genommen. Es kamen zwei Polizeidiener in die Stube und gingen zu dem gedeckten Tisch, in dessen Nähe Lambert Schmitt saß. Sie sprachen mit ihm und ließen sich von ihm ein Schriftstück zeigen. Darauf schwiegen sie und setzten sich in der Nähe des Tisches nieder.

Danach klingelte Lambert Schmitt mit einer kleinen Glocke und sagte, der Unterhaltungsabend werde jetzt beginnen. Man möge sich einst-

weilen nur selbst nach Belieben unterhalten, die Hauptsache könne erst nach zwölf Uhr gesagt werden. Diese Worte weckten einen kleinen Jubel und mannigfache Zurufe.

Danach begann jemand auf einem Klavier zu spielen, ein junger Mann mit einer glänzenden Brille trug einige Lieder vor, deren Text ich jedoch nicht verstand. Sonst erzählte man an den Tischen, hin und wieder rief jemand etwas in die Gesellschaft hinein, man solle doch die Uhr vorschieben, oder es scherzte jemand, mit dem Abendzug seien gewisse Leute, die er nicht nennen wolle, in die Fremde gefahren, weil sie den Ablauf der Schonzeit fürchteten; — solcherart Späße weckten immer beifälliges Gelächter. Lambert Schmitt aber saß bei alledem ernst an seinem Platze, und sein bleiches Gesicht, das von dichtem schwarzem Haar und Bart umrahmt war, erschien noch ernster als sonst.

Ich hatte wohl gedacht, mich nach zehn auf den Heimweg zu machen, doch nun blieb ich und wartete den Ausgang ab. So ungewöhnlich und neu mir diese Umgebung und dies Treiben waren, so ahnte ich doch die Größe der Zeit, die hinter diesem Ereignis stand, und rechnete es mir als eine Gunst des Schicksals an, dabei sein zu dürfen. Manches Wort, das mir mein Bruder gesagt hatte, wurde mir wieder gegenwärtig und gewann einen klarern und bedeutendern Sinn. Das arme Volk, das bisher geschlafen hatte, war nun im Erwachen, und wenn sein erstes Recken und Strecken auch etwas wunderlich und ungebärdig war, so lag doch die Kraft eines Riesen darin, der sich zum Leben besann und sich aufrichtete, um tausendjähriges Unrecht zu brechen. Wohl fehlten mir noch klare Vorstellungen über das Wesen dieses Unrechts, doch war es mir schon mehr als ein leeres Wort. Ich dachte daran, wie man mit uns verfahren war. Mein Bruder hatte mir erzählt, wie man viele hundert Männer von ihrem Hause und ihrer Familie vertrieben und von Ort zu Ort gehetzt hatte. Das war das Unrecht. Der Gedanke, sich dagegen zu wehren, erschien mir groß und bedeutend und erfüllte mich mit wachsender Begeisterung.

Ich vermag nicht zu sagen, ob mir diese Gedanken von selbst kamen oder ob sie durch ein Lied geweckt wurden, das man schon einmal gesun-

gen hatte und das man bald darauf wiederholte. Ich hatte gut auf Weise und Text gemerkt, und es hatte mich mächtig ergriffen, ebenso mächtig, wie vor Jahren das Lied aus den Befreiungskriegen:

Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!  
Wer legt noch die Hände feig in den Schoß?

Ich ahnte bei diesem Liede eine Größe, die ich nicht zu übersehen vermochte. Ich fühlte, daß etwas Gewaltiges im Werden war, etwas, wovon man noch nach Kindern und Kindeskindern zeugen würde. Das Lied begann:

Alldeutschland, das mächt'ge, erzittert,  
Europa, das stolze, erbebt.  
Von Kräften so lange zersplittert  
Ein neues Geschlecht sich erhebt.  
Wir sehen es wachsen und ringen,  
In Liebe sich innig umschlingen  
Und kämpfen für der Arbeit heil'ges Recht.

Das Lied wurde nach einer Weise gesungen, die einfach und wuchtig einherschritt, wie wenn sich eine hundertköpfige Masse im Gleichschritt vorwärts bewegt. Ich hatte sie schon nach den ersten zwei Versen erfaßt und summte die anderen leise mit; ich hätte sie gern aus voller Brust gesungen, wenn ich die Worte gekannt hätte.

Über Singen und Erzählen rückte der Zeiger der Uhr vor, und bald nahte die Mitternachtsstunde. Je näher die Zeit herankam, umso stiller wurde es, und umso öfter sahen die Männer nach der Wanduhr oder nach ihren Taschenuhren. Endlich stand der Zeiger dicht vor dem glänzenden Stern, der die zwölf verbarg. Längst hatten sich die Gesichter nach dem gedeckten Tische gekehrt, bei dem Lambert Schmitt saß. Der blickte starr nach der Uhr.

Da erhob er sich. Er hatte einen kleinen Zettel vor sich liegen und sah noch einmal darauf, dann fing er an zu sprechen. Er nannte die Anwesenden Freunde und sagte, nun sei die Stunde gekommen, die alle so lange ersehnt hätten. Mit dem Glockenschlag um zwölf breche ein Regiment zu-

sammen, das die Arbeiterklasse in Fesseln geschlagen habe. Viel Unglück habe es über die wenigen Getreuen gebracht, und oft habe es ausgesehen, als ob der Geist der Freiheit zertreten werden sollte, aber schließlich habe man über alle Gewalt triumphiert. Aber hätte es anders sein können? Auch die ersten Christen habe man verfolgt, geächtet und getötet, aber den Geist habe man nicht töten können, der sei lebendig geblieben und habe sich die Welt untertan gemacht.

Je länger Lambert Schmitt sprach, umso mehr merkte man, daß ihm das Reden schwer fiel, und die Leute an unserem Tische fragten sich leise, was das wohl heute mit ihm sei. Bald kamen die Worte nur noch mühsam aus seinem bärtigen Munde, er blickte wie hilfeschend umher, schwieg dann und setzte sich nieder.

Die Gesellschaft aber kannte Lambert genau und wußte, daß ihn nur die innere Bewegung übermannt hatte. Auch ihn hatte die Hand des Gesetzes schwer getroffen, lange Zeit war er gehetzt worden, ehe er in unserer Stadt ein Bleiben fand, und hier hatten ihm Anstrengungen und Mangel hart zugesetzt.

Nun war die Zeit erfüllt, und da verstand man, daß dieser kranke Mann in seiner Ergriffenheit die Herrschaft über das Wort verlor, das er sonst so trefflich meisterte.

Aber gerade im Augenblick des betroffenen Schweigens der ganzen Gesellschaft schnarrte die alte Wanduhr los und ließ rasselnd zwölf Schläge hören. Da schwiegen alle — ganz still war es, nur der Atem der vielen Menschen ging schwer durch den Raum.

Als die Schläge verklungen waren, erhob sich alles, und gleichzeitig brach ein Jubel los, der in seinem Zusammenklang wie ein einziger, langer, tiefer Schrei durch die Stube brauste. An den Tischen reichte man sich die Hände, viele umarmten sich, die Rufe tönnten durcheinander, alle Augen glänzten. Ich stand hinter meinem Bruder, preßte dessen Arm, und mein Herz klopfte rasch und heftig. Eine Gruppe umringte Lambert Schmitt, der nun lächelte und die vielen Hände drückte, die sich ihm entgegenstreckten.

Nur die beiden Polizeidiener saßen unbewegt an ihrem Tische, hatten den Helm aufgesetzt und wußten nicht, was dort vor ihren Augen geschah."



*Mit solchen fingierten Todesanzeigen, auf Postkarten gedruckt, foppten die Sozialdemokraten zum Ende des Sozialistengesetzes Bismarck und die Reaction.*

Ob nun Verdens Sozialdemokraten auch so feierten, wie es August Winnig erlebt hat, läßt sich nicht sagen. Aber sie feierten auf jeden Fall in der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober 1890 das Auslaufen des Sozialistengesetzes. Dabei hißten sie an einer Fahnenstange auf dem Mühlenberg nach 24 Uhr eine rote Flagge, „welche jedoch noch im Laufe der Nacht von unserer Polizei entfernt wurde“. Auf dem Mühlenberg trafen sich die Arbeiter in diesen Zeiten beim Gastwirt Romann, der heutigen Gaststätte Fern. Hier wird wohl die rote Fahne gehangen haben. Zusätzlich wurden in dieser Nacht zahlreiche Exemplare der sozialdemokratischen Zeitung „Nord-Wacht“ verteilt. Dieses Wochenblatt für das arbeitende Volk kam aus Bant, einem Ortsteil von Wilhelmshaven. In der verteilten Ausgabe wurde über „die Angst vor dem 1. Oktober“ geschrieben: „In der nationalliberalen und theilweise auch in der konservativen Presse ist eitel Heulen und Zähneklappern über das, was nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes eintreten wird. Man sieht in diesen Parteilagern dem verhängnißvollen 1. Oktober mit großer Sorge entgegen, einer Sorge, die sich leicht erklärt aus dem bösen Gewissen derer, welche sie empfinden, aber die in den Dingen selbst nicht den geringsten Anhalt findet. Wer sein Vaterland liebt und einiges Vertrauen in die gesunde Kraft unseres Volkes hegt, der kann den nächsten Tag des nächsten Monats nur als einen hellen Lichtpunkt in der deutschen Geschichte betrachten.“

Es wäre eine unnütze Verschwendung von Tinte und Papier, wenn wir hier alle die seltsamen Vorschläge näher beleuchten wollten, die jene Angstmeier für die Bändigung der ‚entfesselten Bestie‘ nach dem 1. Oktober vorbringen. Es sind in der That auch nur die verbrauchtesten Hausmittelchen der Reaction, mit denen sie den politischen Markt beziehen. Der schreit nach neuen Kautschukparagraphen des Strafgesetzbuchs, der wieder nach dem ‚hauenden Säbel und der schießenden Flinte‘, ein besonderer Pfiffikus hat entdeckt, man solle die Arbeiter in ihren Versammlungen nur reden lassen, was sie wollten, aber wenn sie je auch nur Miene machten, ihre Reden im Saale in Thaten auf der Straße umzusetzen, solle man sie mit Kartätschen zusammenschmettern u. s. w.“

Abschließend meinte die sozialdemokratische Zeitung: „So ist die Angst vor dem 1. Oktober nichts als ein Blendwerk des bösen Gewissens. Wer sich einigermaßen einen freien politischen Blick bewahrt hat, wird vielmehr dem neuen Abschnitt unserer politischen Geschichte mit dem guten Zutrauen entgegensehen, daß die Rückgabe der politischen Rechte an die arbeitenden Klassen — vorausgesetzt, daß sie ihr nicht verkümmert wird — unser vielfach verknöchertes öffentliches Leben neu beleben und erfrischen wird. Was an der Arbeiterbewegung falsch ist, wird in dem freien Luftzuge der Öffentlichkeit um so eher verwittern; ihr Kern aber und was sich als solcher in dem Kampfe der Geister bewährt, kann nicht früh genug in die gesetzliche Ordnung von Gesellschaft und Staat eingefügt werde.“



„Nun mein Kind, drückt Dich denn Dein Korb nicht sehr?“  
Socialdemokratie: „O, nein — wie Sie sehen, bin ich groß und stark dabei geworden.“